

An den

Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen

Postfach 10 11 43

40002 Düsseldorf

- per E-Mail -

Stellungnahme

zum Antrag der Fraktion Häusliche Pflege muss gestärkt werden –

Für die vielen pflegebedürftigen

Menschen in unserem Land –

Corona-Krise zeigt, wie gefährlich das Modell der

illegal Beschäftigten in privaten Haushalten ist!

Antrag der Fraktion der SPD vom 19.05.2020

Drucksache 17/9361

Düsseldorf, 28.10.2020

Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen e.V.

Fürstenwall 132, 40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 38412 – 44

Telefax: 0211 38412 – 66

Kontakt: nordrhein-westfalen@vdk.de

Der Sozialverband VdK NRW e. V. (VdK NRW) bedankt sich an dieser Stelle für die Möglichkeit der Stellungnahme zum o.g. Antrag und unterstützt die von der SPD Fraktion unter II. genannten Feststellungen an den Landtag und die unter III. genannten Forderungen an die Landesregierung vollumfänglich.

I. Zur Ausgangslage

Durch den Wandel familialer Strukturen und Geschlechterordnungen, steigender Frauenerwerbstätigkeit und aufgrund der stetig wachsenden Anzahl pflegebedürftiger älterer Menschen unterliegt der Versorgungs- und Pflegebedarf privater Haushalte kontinuierlichen Veränderungen. Dabei sind häusliche Pflegearrangements durch die individuellen Versorgungsbedarfe und pluralisierenden Lebensformen sehr unterschiedlich ausgerichtet. Die meisten Pflegebedürftigen möchten eine stationäre Versorgung in einem Pflegeheim so lange wie möglich vermeiden und wünschen sich eine Betreuung in den vertrauten „eigenen vier Wänden“. Hierfür geeignete Unterstützung zu finden, ist nicht selten mit Schwierigkeiten verbunden. Die Personalknappheit der ambulanten Pflege, aber auch finanzielle Engpässe waren und sind für viele Pflegebedürftige und ihre An- und Zugehörigen Anlass, außerfamiliale Unterstützungsformen zu nutzen. Daher greifen sie auf die sogenannte 24-Stunden-Pflege zurück, in der vor allem Frauen aus Mittel- und Osteuropa als „Live-In“ in Privathaushalten tätig sind – oft als illegal Beschäftigte und zum Teil auch unter menschenunwürdigen Bedingungen. Entscheidend ist, dass Pflegebedürftige sowie ihre An- und Zugehörigen und die illegal beschäftigten Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn häufig befinden sich beide Seiten in existenziellen und emotionalen Notlagen. Diese gilt es, staatlicherseits zu beseitigen.

In diesem Kontext kommen aus Sicht des VdK NRW mehrfache Dilemmata zum Tragen:

- Pflegebedürftige und ihre Angehörigen orientieren sich - oft aus finanziellen Gründen - häufig an illegalen Angeboten. Dieser Rückgriff auf illegale Angebote verweist auf Defizite der offiziellen Betreuungsstrukturen und der gesetzlichen Pflegeversicherung. Für viele Betroffene ist das vielfach der einzige Weg die Versorgung ihrer Familienangehörigen in der Häuslichkeit sicherzustellen. Dafür nehmen sie die Grauzonen der Illegalität in Kauf und existenzielle Nöte stehen über dem eigenen Unrechtsempfinden.

- Da die Pflege und Versorgung im privaten Haushalt von illegal Beschäftigten verrichtet wird, findet keine Kontrolle der pflegerischen Versorgung und somit der Pflegequalität statt. Ein Großteil dieser Beschäftigten sind keine ausgebildeten Pflegefachkräfte, sondern oft reine Haushaltshilfen. Ob wir hier überwiegend von guter oder schlechter Pflege sprechen, präventive Maßnahmen durchgeführt oder demenzkranke Menschen adäquat versorgt werden, kann nicht bestimmt werden, was u.a. auch an der hohen Dunkelziffer der illegal in der häuslichen Pflege Beschäftigten liegt. Hierbei variieren die geschätzten Zahlen zwischen 300.000 und 700.000 Beschäftigten. Valide Zahlen liegen bisher nicht vor. Sicher ist, dass knapp 90% der Haushaltshilfen in Deutschland in einem nicht registrierten Beschäftigungsverhältnis leben und die Mehrheit weiblich ist. Auch das Thema Gewalt in der Pflege, z.B. durch Überlastung der illegal beschäftigten Menschen, darf man nicht außer Acht lassen. Auch hier dürfte es eine hohe Dunkelziffer geben.

- Die Beschäftigungsverhältnisse der „Live-In-Kräfte“ sind häufig illegal, Entgelte und Arbeitsbedingungen sind sowohl für legal wie für illegal Beschäftigte meist prekär. Grundsätzliche Arbeitnehmerrechte, wie regulierte Arbeitszeit, angemessene Bezahlung und soziale Absicherung, werden oft nicht eingehalten. Hierzu bedarf es einer systemischen Lösung mit transparenten und rechtssicheren Rahmenbedingungen. Es muss garantiert werden, dass die „Live-In-Kräfte“ nicht pausenlos allein bereitstehen müssen, sondern dass auch andere Formen der Unterstützung einbezogen werden, etwa professionelle Pflegedienste oder teilstationäre Aufenthalte.

- Da der private Haushalt der Arbeitsort ist, sind auch Kontrollen der Arbeitsbedingungen der „Live-In-Kräfte“ quasi unmöglich. Diese Beschäftigungen komplett abzuschaffen, stellt aber auch keine Lösung dar. Denn es ist eben nicht von der Hand zu weisen, dass die Möglichkeit, auf diese Weise die eigene Existenz zu sichern, bei allen Härten durchaus im Interesse der „Live-In-Kräfte“ liegt und sie sich vor dem Hintergrund ihrer Lebensrealität bewusst für diese Tätigkeit entscheiden. Die Betroffenen müssen allerdings vor Ausbeutung geschützt werden und benötigen sichere Beschäftigungsformen.

- Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass die „Live-In-Kräfte“ für die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung in Deutschland und in NRW systemrelevant sind. Die politisch Verantwortlichen tabuisieren die Entrechtlichung der illegal Beschäftigten und „privatisieren“ soziale Sicherungsbedarfe, so dass Geschlechterhierarchien und soziale Ungleichheiten weiter festgeschrieben werden. Die Thematik der illegal beschäftigten Menschen in der häuslichen Pflege ist allen Verantwortlichen seit Jahrzehnten bekannt, jedoch gibt es in dem sensiblen Bereich bisher keine nennenswerten Lösungen. Daher ist es jetzt an der Zeit, endlich zu handeln.

Voraussetzungen für eine menschenwürdige Pflege aus Sicht des VdK NRW

Pflegepolitische Herausforderungen

Veränderte Familien- und Gesellschaftsstrukturen, die sich verschärfende Altersarmut, die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen sowie der digitale Wandel erfordern dringend neue pflegepolitische Handlungskonzepte. Damit uns das Potential pflegender Angehöriger, zum größten Teil Frauen, nicht langfristig verloren geht, ist aus Sicht des VdK NRW deshalb der Auf- und Ausbau von Entlastungsangeboten, unabhängigen Beratungsangeboten und weiteren Hilfen notwendig. Hierzu gehören Angehörigen- und Selbsthilfegruppen, ehrenamtliche Helfer, Tages-, Kurzzeit- und Verhinderungspflege. Um die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf zu verbessern, müssen auch Arbeitgeber angeregt werden, zukünftig mehr betriebliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten und pflegesensible Arbeitszeitmodelle anzubieten. Pflege, Kinderbetreuung und berufliche Tätigkeit müssen uneingeschränkt nebeneinander möglich werden. Dringend brauchen wir die Einführung einer steuerfinanzierten Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige analog zum Elterngeld.

Selbstbestimmt Leben auch mit Pflegebedarf

Es ist inzwischen unbestritten und wissenschaftlich bestätigt, dass der größte Teil der älteren und pflegebedürftigen Menschen zu Hause alt und gepflegt werden möchte. Dabei hat die Stärkung der häuslichen Pflegeinfrastruktur eine für die Menschen besonders wichtige Rolle. Der Wunsch der pflegebedürftigen Menschen ist vorrangig die häusliche und nicht gleichwertig die stationäre Pflege. Quartiersmanagement und Sozialraumorientierung sind wichtige Ansätze für eine gute Pflegeinfrastruktur. Daher gilt es, Quartiere zu fördern und Quartiersentwicklung fortzuentwickeln. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der steigenden Anzahl von pflegebedürftigen Menschen in den nächsten Jahren ist eine wichtige Erfolgsvoraussetzung für menschenwürdige Pflege und Selbstbestimmung ein senioren- und behindertengerechter Wohnungsmarkt. Dazu benötigen wir barrierefreie Wohnungen, die eine ambulante Pflege zu Hause und somit auch den Verbleib im Quartier ermöglichen.

Finanzierung der Pflege

Der Eigenanteil für Pflegeheimkosten im Bundesdurchschnitt liegt laut dem Verband der Ersatzkassen bei 2.015 Euro pro Monat (NRW: 2.405 Euro). Vor dem Hintergrund von richtigen und wichtigen Lohnsteigerungen und Tarifabschlüssen in der Altenpflege ist zukünftig weiterhin von steigenden Eigenanteilen für die Pflegebedürftigen auszugehen. Die begründeten Kostensteigerungen für die Pflege müssen von der Pflegeversicherung finanziert werden. Die Mehrkosten für bessere Bezahlung und mehr Personal dürfen nicht dazu führen, dass die Eigenanteile von Pflegebedürftigen weiter kontinuierlich steigen. Diese führen vor allem im stationären Bereich schon heute dazu, dass immer mehr Pflegeheimbewohner Hilfe zur Pflege aus Mitteln der Sozialhilfe beantragen müssen. Pflege darf nicht arm machen. Die Finanzierung der Mehrkosten muss aus Steuermitteln und aus der Pflegeversicherung sichergestellt werden. Nicht vergessen dürfen wir, die Bedingungen in der ambulanten Pflege zu verbessern. Denn gerade in ländlichen Regionen zeigen sich schon heute Versorgungsengpässe. Pflegebedürftige finden dort kaum noch Pflegedienste. Das liegt am fehlenden Personal und der schlechten finanziellen Ausstattung.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben von der Allgemeinheit getragen werden, also über Steuern. Damit steigende Kosten nicht einseitig zu Lasten der Betroffenen gehen, fordern wir darüber hinaus, die finanzielle Unterstützung an die jährliche Preis- und Lohnentwicklung anzupassen. Langfristig brauchen wir eine Pflege-Vollversicherung, die die erforderlichen Pflegeleistungen solidarisch und generationengerecht abdeckt.